

Presseinformation 01/2008

Post-Mehrwertsteuerstreit: Bundesfinanzministerium opfert Verbraucher- und Mittelstandsinteressen zugunsten des Monopolisten

Berlin, 28.01.2008 – Zum Interview des Finanz-Staatssekretärs Axel Nawrath in der Wochenendausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ erklärt der BIEK-Vorsitzende Dr. Ralf Wojtek:

Das Bundesfinanzministerium sollte sich in erster Linie denjenigen gegenüber verpflichtet fühlen, die den Staat ausmachen, nämlich seinen Bürgern. Eine einseitige Privilegierung der Deutsche Post AG durch eine Mehrwertsteuerbefreiung verhindert Wettbewerb und damit besseren Service und verbraucherfreundliche Preise.

Die Vorschläge des Finanzministeriums, diejenigen Unternehmen von der Mehrwertsteuer zu befreien, die die „Gesamtheit“ aller Universaldienstleistungen – also die Beförderung von Briefen, Paketen, Zeitungen und Zeitschriften – erbringen, bedeutet nichts anderes als die Fortsetzung des Umsatzsteuerprivilegs der Deutsche Post AG. Es gibt kein anderes Unternehmen in Deutschland, das die Gesamtheit der Leistungen erbringt, und die Pläne des Finanzministers sowie der gerade eingeführte Mindestlohn sorgen dafür, dass es dabei bleibt.

Die Privilegierung der Deutsche Post AG lässt sich nicht mit angeblichen Lasten des Universaldienstes rechtfertigen. Immerhin erzielt die Deutsche Post AG im Briefmarkt Jahr für Jahr mehr als 2 Milliarden Euro Gewinn. Die Milliardenverluste in Amerika haben nichts mit dem Universaldienst zu tun, sondern sind das Ergebnis einer Serie von Managementfehlern. Es ist nicht Aufgabe des Finanzministers, diese Verluste durch Mittel der Steuerzahler auszugleichen.

Der BIEK tritt für eine gleichmäßige Besteuerung aller Postdienstleister mit dem vollen Mehrwertsteuersatz ein. Eine Preiserhöhung hätte das nicht zur Folge, denn bereits heute schon bieten die Wettbewerber – trotz Mehrwertsteuer – ihre Leistungen zu Preisen an, die unter denen der Deutsche Post AG liegen.

Allenfalls könnte man eine Ausnahme zugunsten von Privatkunden vorsehen, indem einzeln verkaufte Briefmarken Mehrwertsteuerfrei bleiben. Das ist der einfachste Weg, um einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten. Die neuen Postunternehmen erbringen vergleichbare Leistungen wie die Deutsche Post AG. Es ist nicht nachvollziehbar, warum der Staat durch steuerliche Ungleichbehandlung Investitionen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in diesem Wachstumsmarkt behindern will. Zudem verzichtet er ohne Not auf zusätzliche Steuereinnahmen in Millionenhöhe. Den Preis zahlen die Bürger.

Finanz-Staatssekretär Axel Nawrath sollte sich genau überlegen, wessen Interessen er vertreten möchte: die eines Monopolisten oder die der Bürger und des leistungsfähigen Mittelstandes.

Der BIEK:

Im Bundesverband Internationaler Express- und Kurierdienste (BIEK) sind die führenden Anbieter für Kurier-, Express- und Paketdienste in Deutschland organisiert. Sie sind flächendeckend tätig und stellen jede Sendung an jedem Ort in Deutschland von der Hallig bis zur Alm zuverlässig zu. In den vergangenen Jahren haben die Unternehmen ca. 18.000 Paketshops/-annahmestellen mit einem vielfältigen Produktspektrum aufgebaut. Zurzeit sind etwa 65.000 Menschen bei den BIEK-Mitgliedern in Deutschland beschäftigt. Sie sind entweder bei den Unternehmen direkt angestellt oder als selbständige Unternehmer für diese tätig. Insgesamt beschäftigt die KEP-Branche in Deutschland bereits ca. 173.500 Personen. Weitere Informationen unter www.biek.de

Kontakt:

BIEK Büro Berlin
Hans-Peter Teufers
Charlottenstraße 42
10117 Berlin
Tel. 030 / 20 61 78-6
Fax 030 / 20 61 78-88
info@biek.de

BIEK Vorsitz
Dr. Ralf Wojtek
Bleichenbrücke 9
20354 Hamburg
Tel. 040 / 35 52 80-16
Fax 040 / 35 52 80-80